

Schwarz S.2
3-3-2011

Wie die NPD Jagd auf Erstwähler macht

Bürgermeister verweigert der Partei die Auskunft über Erstwähler - NPD stellt ihn auf Homepage bloß

Von Johannes Rauneker

OBERSTADION - Für einen Bürgermeister einer 1500-Einwohner Gemeinde hat es Manfred Weber schon zu einiger überregionaler Bekanntheit gebracht. Vor allem wegen des dortigen Krippenmuseums, das bereits 60 000 Besucher aus aller Welt nach Oberstadien (Alb-Donau-Kreis) gelockt hat.

Doch dass seine Person seit gestern auch auf der Homepage der rechtsextremen NPD bloßgestellt wird, dies geht dem parteilosen Bürgermeister zu weit. Von einem „trotzigen“ Bürgermeister ist dort unter anderem die Rede, der sich weigert,

der NPD die ihr angeblich zustehenden Adressen von Erstwählern in der Gemeinde zu übermitteln.

Faktisch stimmt dies jedoch. Wie seine mehr als 1000 Bürgermeisterkollegen in Baden-Württemberg bekam Weber vom Wahlleiter der NPD, Janus Nowak, eine Mail. Die Aufforderung: Weber solle ihm doch bitte die Adressen aller Erstwähler in Oberstadien mitteilen. Diese benötige die NPD, um die Erstwähler bei der Landtagswahl am 27. März persönlich anzuschreiben und zu ermuntern, die sogenannte „Stimme des Volkes“ zu wählen.

Weber weigerte sich. Wie NPD-Mann Nowak sagte, als einziger Bür-

germeister landesweit. „Wir geben keine Adressen an die NPD heraus. Es grüßt Sie freundlich, Manfred Weber“, so der Bürgermeisters auf die Anfrage der Partei.

Doch die NPD hat in diesem Fall das Gesetz auf ihrer Seite. „Soweit keine Gefahr besteht, dass mit den Adressen strafbare Handlungen begangen werden, müssen Gruppenauskünfte über Wähler an die Parteien erteilt werden“, erklärt Andreas Bliersch, Geschäftsführer des Ulmer Wahlleiterbüros.

Für die NPD sind solche Auskünfte wichtig. Denn Wahlplakate in großer Zahl aufzustellen sei, so Nowak, teurer als der Versuch, die Wäh-

ler über persönliche Briefe direkt zu erreichen.

Auf die Adressen aus Oberstadien muss die NPD trotzdem verzichten. Pro Adresse berechnet ihr der Bürgermeister nämlich eine Bearbeitungsgebühr von 1,50 Euro. „Zu teuer“, so Nowak, der trotzdem „kämpfen“ will, dass die NPD in den Landtag einzieht. Bei der vergangenen Wahl erreichte die Partei 0,7 Prozent.

Manfred Weber indes sieht mit der Gebührenerhebung auch für andere Gemeinden einen Weg, sich solcher „dubioser“ Anfragen zu erwehren. Er prüft; gegen die Verunglimpfung seiner Person auf der NPD-Homepage rechtlich vorzugehen.